

## Im Fokus

---

# ***Ideologische Gratwanderung – Die Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses***

Heike Holbig

## **Walking the Ideological Tightrope – The Annual Session of the National People’s Congress**

### **Abstract**

The agenda of the National People’s Congress’ annual session in March 2006 bears witness to a revival of ideology, which had long been regarded obsolete in China’s pragmatic reform course. The party leadership’s maneuvering space has become increasingly constrained by a conflict between proponents of liberal market reforms and a conservative “new left“. Recent debates surrounding the policy of the “new socialist countryside“ and the legal protection of private property are analyzed to illustrate the re-ideologization of party politics.

*Keywords: Ideology, socialism, party politics, National People’s Congress, China*

### **Einleitung**

Die jüngste Jahrestagung des knapp 3.000-köpfigen Nationalen Volkskongresses (NVK), die wie in den Vorjahren vom 5. bis 15. März in Beijing stattfand, hat wenige positive Ergebnisse hervorgebracht. Geprägt waren Agenda und offizielle Rhetorik des politischen Großereignisses vielmehr von einem untergründigen ideologischen Konflikt zwischen liberaler Reformorientierung und einem wachsenden konservativen Widerstand gegen weitere marktorientierte Reformen von

Seiten der „Neuen Linken“ (*Xin zuopai*),<sup>1</sup> deren Einfluss in den vergangenen Jahren stetig gewachsen ist. Gerade in den vergangenen Monaten hat dieser Konflikt in Partei- und Intellektuellenkreisen zu erhitzten ideologischen Debatten geführt. Wie auf der jüngsten NVK-Tagung deutlich wurde, vollziehen Staats- und Parteichef Hu Jintao und Ministerpräsident Wen Jiabao zwischen liberalen und „neuen linken“ Positionen eine schwierige Gratwanderung, die ihre politische Handlungsfähigkeit in zunehmendem Maße zu beschränken scheint.

Vor allem in zwei Aspekten der NVK-Agenda schlugen sich die ideologischen Differenzen deutlich nieder: zum einen in der Politik des „neuen sozialistischen ländlichen Raums“, die im Mittelpunkt sowohl der NVK-Tagung als auch der parallel stattfindenden Jahrestagung der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes stand; zum anderen in der Frage eines Gesetzes zum Schutz privater Eigentumsrechte, das entgegen früherer Ankündigungen auf der diesjährigen NVK-Tagung nicht zur Verabschiedung kam.

## **Der „neue sozialistische ländliche Raum“ – Parteipolitischer Paradigmenwechsel?**

Die Politik des „neuen sozialistischen ländlichen Raums“ wurde in der Rhetorik der offiziellen NVK-Berichte und der begleitenden staatlichen Medienkommentare als zentrales Novum und historischer Paradigmenwechsel der Parteipolitik gefeiert (China Central TV-1, 5.3.06, nach BBC PF, 6.3.06; RMRB, 5., 6., 10., 15., 16.3.06; Xinhua, 4.3.06, nach BBC PF, 6.3.06) Das Konzept des „neuen sozialistischen ländlichen Raums“ war zwar insofern nicht mehr vollständig neu, als es bereits auf der letzten Plenartagung des Zentralkomitees der KPCh im vergangenen Herbst als Teil des neuen „Fünf-Jahres-Programms“ (2006-2010) vorgestellt (C.a., 06/2005, S. 13-19) und im Februar 2006 zum Gegenstand des symbolisch gewichtigen „No. 1“-Dokuments von ZK und Staatsrats im neuen Jahr erhoben worden war (RMRB, 21., 28.2.06; Xinhua, 15., 21.2.06, nach BBC PF, 17., 25.2.06; *Ta Kung Pao*, 8.2.06, nach BBC PF, 12.2.06; SCMP, 22.2.06). Durch die nunmehr erfolgte Diskussion und offizielle Verabschiedung im NVK erhielt das Konzept jedoch die abschließende „demokratische“ Weihe, die den legitimatorischen Anspruch der Volksnähe noch unterstrich, welche die Parteiführung mit ihrer besonderen

<sup>1</sup> Einen Überblick über politische und ideologische Positionen der „Neuen Linken“ und ihren Einfluss auf die „Vierte Führungsgeneration“ unter Hu Jintao gibt Gong Yang (2003).

Sorge um die benachteiligten ländlichen Bevölkerungsteile erhebt. Rhetorisch steht dabei die Rückbesinnung auf sozialistische Grundwerte, allen voran von sozialer Gleichheit und Gerechtigkeit, im Vordergrund.

Betrachtet man allerdings die im Rahmen der Politik des „neuen sozialistischen ländlichen Raums“ konkret in Aussicht gestellten Maßnahmen, so relativiert sich der Anspruch eines grundlegenden parteipolitischen Paradigmenwechsels. Der Katalog umfasst eine Erhöhung der Ausgaben des zentralen Staatshaushalts für die Unterstützung der Landwirtschaft und Investitionen in die ländliche Infrastruktur um 42 Mrd. auf 340 Mrd. RMBY, steuerliche Erleichterungen für Bauern, finanzielle Unterstützungen der Zentralregierung für lokale Verwaltungsorgane auf Gemeindeebene, die Umsetzung der neunjährigen Schulpflicht und die Verbesserung von medizinischer Versorgung und Krankenversicherungsleistungen für die ländliche Bevölkerung sowie die Förderung von wissenschaftlicher und technologischer Innovation auf dem Lande (China Central TV-1, 5.3.06, nach BBC PF, 6.3.06; RMRB, 17.3.06; vgl. auch die entsprechenden Dokumentationen im hinteren Teil dieses Heftes).

Weder als Einzelmaßnahmen noch in ihrer Gesamtheit erscheinen diese Maßnahmen neuartig, vielmehr setzen sie Anstrengungen der letzten Jahre in den Bereichen finanzieller Erleichterungen für die bäuerliche Bevölkerung, Infrastruktur, Bildung und Gesundheit mit geringfügigen Akzentverschiebungen fort. Betrachtet man den Anteil der finanziellen Verpflichtungen der Zentralregierung für die Unterstützung der Landwirtschaft und Investitionen in den ländlichen Raum an den Gesamtausgaben, so liegt dieser bei 8,9% und ist damit gegenüber dem letztjährigen Anteil von 8,8% nur marginal gestiegen. Der Anstieg des für 2006 geplanten Gesamtengagements der Zentralregierung für den ländlichen Raum liegt mit 14,2% nur geringfügig über dem für 2006 geplanten Anstieg der aggregierten Fiskalausgaben von 13,8% – und unter dem für 2006 geplanten nominalen Anstieg des Militärhaushalts von 14,7%. Ein Teil der von der Zentralregierung für die Realisierung des „neuen sozialistischen ländlichen Raums“ zugesagten Gelder ist zudem an eine Kofinanzierung durch lokale Haushalte gebunden, so dass angesichts der viel beklagten Mittelknappheit ländlicher Kommunen fraglich ist, ob die versprochenen finanziellen Leistungen tatsächlich im angestrebten Umfang zustandekommen werden. Selbst das „revolutionärste“ Element des Maßnahmenkatalogs, die endgültige Abschaffung der „2.600 Jahre alten“ Agrarsteuer, wird zusammen mit anderen Steuererleichterungen für den einzelnen bäuerlichen Haushalt nur mit einer Nettoeinkommensverbesserung von geschätzten 3,5%

bis 4,8% zu Buche schlagen. Unter diesen Voraussetzungen erscheint es kaum möglich, die Einkommensschere zwischen ländlicher und städtischer Bevölkerung in absehbarer Zeit zu schließen. Aus Sicht der Parteiführung wäre schon viel gewonnen, wenn sich die Einkommensdisparitäten nicht noch weiter verschärften (*Economist*, 11.3.06; SCMP, 6., 7.3.06; ST, 7., 18.3.06; WSJ, 6., 7.3.06; FTD, 6.3.06).

Damit dienen die geplanten Maßnahmen in erster Linie einer Abfederung der gravierendsten sozioökonomischen Missstände. Sie tragen damit offensichtlich politischen Befürchtungen Rechnung, das wachsende gesellschaftliche Unruhepotenzial auf dem Lande könnte den sozialen Frieden und die politische Stabilität gefährden. Konzeptionell scheint die jüngste Programmatik des „neuen sozialistischen ländlichen Raums“ dabei weit entfernt von einer vorausschauenden Politik der proaktiven Unterstützung der Mobilität ländlicher Arbeitskräfte, wie sie sich in den zurückliegenden Jahren durch innovative Ansätze der Abschaffung von Migrationsbarrieren und der gezielten Förderung sozialer *upward mobility* ländlicher Bevölkerungsteile angedeutet hatte. Statt der Intensivierung marktliberaler Reformen scheint das probate Mittel zur Eindämmung des sozialen Unruhepotenzials auf dem Lande vielmehr die ideologische Rückbesinnung auf „sozialistische“ Werte und auf die Solidarität mit den benachteiligten „Massen“. Zugleich fällt der Führung ein wirklich konsequenter Abschied von der jahrzehntelangen entwicklungspolitischen Diskriminierung der bäuerlichen Bevölkerung offensichtlich ebenso schwer, da sie fürchten muss, damit den Missmut privilegierter Städter zu erregen.

## **Private Eigentumsrechte als zentraler ideologischer Konfliktpunkt**

Ein zentraler ideologischer Streitpunkt in der Politik des „neuen sozialistischen ländlichen Raums“ zeichnet sich dabei in der Frage der Eigentumsrechte an ländlichem Grund und Boden ab. Bislang verfügen chinesische Bauern formal nur über zeitlich beschränkte Nutzungsrechte an dem von ihnen bebauten Land. Chinesische Sozial- und Rechtswissenschaftler empfehlen seit längerem eine klare gesetzliche Definition bäuerlicher Eigentumsrechte an Grund und Boden, um die Probleme illegaler Zwangsenteignungen von Agrarflächen und inadäquater Kompensationszahlungen, die zur häufigsten Ursache gesellschaftlicher Proteste auf dem Land geworden sind, grundsätzlich zu beheben, und um Bauern die Möglichkeit zu geben, das von ihnen genutzte Land als Eigentumstitel zu veräußern

oder für Kreditzwecke zu belasten. Angesichts massiver ideologischer Vorbehalte konservativer Parteiflügel gegen eine solchermaßen gesetzlich abgesicherte Kommerzialisierung ländlichen Grund und Bodens bleiben der Parteiführung gegenwärtig nur politische Mittel zur Bekämpfung ländlicher Zwangsenteignungen und der damit zusammenhängenden sozialen Probleme. So war Wen Jiabao im zeitlichen Umfeld der NVK-Jahrestagung wiederholt mit lautstarken Appellen an die Lokalregierungen zu vernehmen, der illegalen Landnahme und dem bürokratischen Missbrauch kommunaler Landverfügungsrechte endlich Einhalt zu gebieten – Appelle, die angesichts der erheblichen lukrativen Anreize für entsprechende Korruptionspraktiken auf lokaler Ebene wie in der Vergangenheit ungehört verhallen dürften (SCMP, 23.2., 15.3.06; WSJ, 1., 8.3.06; ST, 23.2., 7., 18.3.06).

Generell scheint sich ein wachsender ideologischer Widerstand konservativer Kräfte gegen einen rechtlichen Schutz privater Eigentumstitel zu richten. So wurde die Diskussion eines Gesetzentwurfs zum Schutz privaten Eigentums vertagt, der sich bereits seit mehreren Jahren in Vorbereitung befindet und im vergangenen Sommer der Öffentlichkeit vorgestellt wurde (vgl. C.a., 4/2005, Dok 10). Ziel des geplanten Gesetzes ist es, entsprechend der Verfassungsrevisionen vom März 2004 private Ersparnisse, Investitionen und Erbvermögen einem objektiven rechtlichen Schutz zu unterstellen sowie die Kriterien zur Nutzung, Veräußerung, Enteignung und Entschädigung von Land zu standardisieren. Entgegen früherer offizieller Ankündigungen, wonach das Gesetz auf der diesjährigen NVK-Jahrestagung zur Verabschiedung kommen sollte, wurde die Diskussion nun bis auf Weiteres verschoben. Ein Grund für die Verzögerung dürften noch nicht vollständig gelöste juristische Sachprobleme wie etwa die komplexe Frage nach der Einordnung des Eigentums ehemals kollektiver ländlicher Gemeindebetriebe sein (SCMP, 9.3.06; XNA, 9.3.06). Hauptursache dürften jedoch ideologische Vorbehalte gegen eine rechtliche und politische Legitimierung „kapitalistischer“ Eigentumsformen sein, die in konservativen Kreisen als Frontalangriff auf sozialistische Grundwerte verstanden wird.

Bezeichnend ist etwa die Kritik Gong Xintians, eines wenig bekannten Professors für marxistisches Recht an der Beijing-Universität, der im August 2005 in einem offenen Brief argumentierte, das geplante Gesetz verstoße gegen die sozialistische Tradition ebenso wie gegen die Verfassung der Volksrepublik China. Indem es den sakrosankten Status, den das öffentliche Eigentum in Chinas sozialistischem System seit jeher genieße, auf private Eigentumstitel übertragen wolle, höhle es

die rechtlichen Grundlagen der sozialistischen Wirtschaft Chinas aus. Wenn ein Bettlerstab den gleichen Schutz genieße wie die Villa eines Neureichen, so Gong, würden einseitig insbesondere diejenigen bevorteilt, die in den vergangenen Jahren, oft auf illegale Art und Weise, zu Vermögen gekommen seien. Die eklatanten gesellschaftlichen Disparitäten und die ungerechte Einkommensverteilung würden damit dauerhaft festgeschrieben (XNA, 9.3.06; ST, 10., 16.3.06; IHT, 13.3.06; FAZ, 3.3.06).

Die Kritik Gong Xintians an dem Gesetzentwurf fand in konservativen Partei- und Akademikerkreisen breiten Widerhall und löste eine neue Runde der Grundsatzdebatte über legal versus illegal erworbenes Vermögen und über die Legitimität „kapitalistischer“ versus „sozialistischer“ Elemente im chinesischen Wirtschaftssystem aus, wie sie bereits in den Vorjahren immer wieder aufgeflammt war. Autorität erhält diese Kritik durch Stimmen wie die des „Altvaters“ sozialistischer Wirtschaftswissenschaften, Liu Guoguang, von dem jüngst Äußerungen zu vernehmen waren wie: „Korruption und die Verfügung über Kapital auf der Basis politischer Macht greifen um sich, ein Umstand, der dem Wesen sozialistischer Reformen zuwiderläuft. [...] Der neue Liberalismus des Westens passt nicht in unser sozialistisches China“ und „Wir müssen sicherstellen, dass unsere Politiker auf allen Ebenen wahre Marxisten sind“ (*Wen Wei Po*, 24.3.06, nach BBC PF, 26.3.06; SCMP, 13.2.06; vgl. Lam 2006).

Vertreter marktliberaler Reformen und fortgesetzter Privatisierung geraten zunehmend unter Beschuss, für die negativen Effekte der „Vermarktung politischer Macht“ und einer „exzessiven Kommerzialisierung“ in der chinesischen Wirtschaft und Gesellschaft verantwortlich zu sein. Als Beispiel immer wieder angeführt werden etwa die erheblichen und für einen wachsenden Teil der ländlichen Bevölkerung prohibitiven Kostensteigerungen im Bildungs- und Gesundheitsbereich, die auf die Einführung marktwirtschaftlicher Elemente zurückgeführt werden (*Ta Kung Pao*, 14.3.06, nach BBC EF, 18.3.06). Pragmatische Kriterien ökonomischer Effizienz werden dabei immer mehr von Kriterien der ideologischen und politischen Korrektheit überschattet. Das allgegenwärtige Adjektiv „sozialistisch“, das in vergangenen Jahren zum bloßen Feigenblatt einer ansonsten nach kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten operierenden chinesischen Wirtschaft zu verkommen sein schien, dient nun verstärkt wieder als mächtige rhetorische Waffe konservativer Kreise gegen (neo-)liberale Reformpositionen.

Angesehene Ökonomen wie Wu Jinglian sind bislang nicht müde geworden, solche liberalen Positionen zu verteidigen, wenn ihr Einfluss auf die Parteipolitik

gegenwärtig auch zu schwinden scheint. Im Rückblick auf die jüngste Jahrestagung des NVK analysierte Wu Jinglian, dass sich hinter dem ideologisch gefärbten konservativen Reformwiderstand im Wesentlichen zwei soziale Gruppen mit durchaus widersprüchlichen Interessen verbergen würden. Auf der einen Seite ständen die im Reformprozess zusehends benachteiligten Bevölkerungsteile, insbesondere verarmte und sozial nicht abgesicherte bäuerliche Haushalte, die unter den Schwächen des sozialen Sicherungssystems und den nur partiell implementierten marktwirtschaftlichen Reformen zusehends zu leiden hätten. Auf der anderen Seite ständen hingegen die symbiotischen Netzwerke lokaler Funktionäre und Unternehmer, die aus den partiellen Reformen – und den verbliebenen bürokratischen Privilegien umgekehrt gerade ihre Vorteile zögen und umso mehr auf die Wahrung ihrer angestammten Interessen bedacht seien. Unter der ideologischen Programmatik „sozialistischer“ bzw. „marxistischer“ Werte hätten beide Gruppen sich zu einer schlagkräftigen Allianz zusammengefunden, obgleich ihre Motive keineswegs übereinstimmten. Den einzigen Ausweg aus dem Dilemma sieht Wu Jinglian in der konsequenten Umsetzung marktwirtschaftlicher Reformen und deren Absicherung durch rechtliche und institutionelle Reformen (ibid.; vgl. auch Wu Jinglian 2001).

## Reideologisierung der Politik

Angesichts der nunmehr erneut aufgebrochenen Konfliktlinien ist die parteistaatliche Führungsspitze zu einer Gratwanderung gezwungen, die ihren politischen Handlungsspielraum zunehmend einschränkt. Um den Druck von Seiten der konservativen „Neuen Linken“ aufzufangen, greifen Hu Jintao und andere Mitglieder der parteistaatlichen Führungsspitze immer häufiger zur emphatischen Reklamierung traditioneller sozialistischer Werte. Die jüngste Renaissance marxistischer Theorie (vgl. C.a., 01/2006, S. 107/108) oder Formeln wie die „harmonische sozialistische Gesellschaft“, der „neue sozialistische ländliche Raum“ etc. zeugen von dem Bedürfnis der Parteiführung, den bisherigen marktwirtschaftlichen Reformkurs wieder stärker ideologisch zu verankern.

Die jüngste Reverenz an den Sozialismus stellte Hu Jintao am Vortag der diesjährigen NVK-Jahrestagung mit seinem „sozialistischen Konzept von Ruhm und Schande“ (*shehuizhuyi rong ru guan*) der Öffentlichkeit vor. Die Aneinanderreihung von positiven Werten wie Patriotismus, Volksnähe, Bildungshunger, Fleiß, Hilfsbereitschaft, Aufrichtigkeit, Gesetzestreue und Frugalität, die dieses

Konzept ausmacht – in der Rhetorik staatlicher Medienkommentare eine „ideale Verbindung traditioneller chinesischer Werte mit modernen Tugenden“ – erscheint auf den ersten Blick hochgradig apolitisch. Die Beifügung des Attributs „sozialistisch“ und die negative Fokussierung auf Korruption, Luxus und Dekadenz bei der Formulierung der „acht Schanden“ verraten jedoch die ideologische Stoßrichtung des Konzepts, das sich damit speziell gegen die „Exzesse“ marktwirtschaftlicher Reformen und gesellschaftlicher Liberalisierung richtet, wie sie von Vertretern der „Neuen Linken“ kritisiert werden (RMRB, 5., 18., 21.3.06; Xinhua, 6.3.06, nach BBC PF, 14.3.06; SCMP, 20.3.06).

Auf der anderen Seite stehen wiederholte Beteuerungen der Führungsspitze, dass der Reform- und Öffnungskurs unvermindert fortgesetzt werden sollte. So betonte Hu Jintao zum Auftakt der jüngsten NVK-Tagung, dass man „die Reformorientierung ohne jedes Zögern beibehalten“ und „keine Zeit bei der Durchführung weiterer Reformen verlieren“ wolle. Vielmehr gelte es gerade in den kommenden Jahren, „in der Reform wichtiger Bereiche Durchbrüche zu erzielen“ (RMRB, 5., 6.3.06; China News Service, 6.3.06). Auch Ministerpräsident Wen Jiabao war auf der abschließenden Pressekonferenz am 14. März mit einem eindringlichen Plädoyer zu vernehmen, den eingeschlagenen „richtigen“ Weg der Reform und Öffnung „unbeirrt“ weiterzugehen. „Wenn uns auf diesem Weg auch unvermeidliche Schwierigkeiten begegnen werden“, erklärte Wen Jiabao verheißungsvoll, „so bietet ein Rückzug doch keinen Ausweg“ (China Central TV-1, 14.3.06, nach BBC PF, 15.3.06; vgl. SCMP, 15.3.06; ST, 15.3.06). Angesichts der aufgezeigten ideologischen Konflikte sollten derartige Beteuerungen allerdings weniger als Kursansage eines souveränen Staatenlenkers auf ruhiger See denn als Alarmsignal gelesen werden, dass der pragmatische Reformkurs der vergangenen Jahre ins Schlingern geraten ist.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die sozialistische Ideologie, die spätestens seit den 1990er Jahren von vielen tot geglaubt worden war, nach wie vor einen beträchtlichen Einfluss auf parteipolitische Entscheidungsprozesse hat (zur Rolle der Ideologie s. auch Holbig 2006). Der pragmatische Reformkurs, wie er unter Deng Xiaoping begonnen worden und unter Jiang Zemin fortgesetzt worden ist, sollte keineswegs als ein „Selbstläufer“ betrachtet werden, sondern kann, wie die jüngsten Auseinandersetzungen zeigen, auch heute noch – oder gerade heute wieder – durch die Mobilisierung sozialistischer und marxistischer Ideologien zur Disposition gestellt werden.

## Literatur

- Gong Yang (Hrsg.) (2003), *Sichao: Zhongguo „Xin zuopai“ ji qi yingxiang* (Ideologische Trends: Chinas „Neue Linke“ und ihr Einfluss), Beijing: Zhongguo shehui kexue chubanshe
- Holbig, Heike (2006), „Ideological Reform and Political Legitimacy in China: Challenges in the Post-Jiang Era“, GIGA Working Papers, No. 18
- Lam, Willy (2006), „On Eve of U.S. Visist, Hu Pushes Reformist Image“, in: *China Brief*, vol. 6. issue 7 (March 29)
- Wu Jinglian (2001), *Gaige: Women zheng zai guo daguan* (Reform: Now at a Critical Point), Beijing: Shenghuo dushu xinzhi sanlian shudian